

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zahlung ins Haus für Groß-Berlin 10.— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. für Postbezugs nehmen (staatliche Postanstalten) Bestellungen entgegen. Unter Erhaltsband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. jährlich (Belgien-Ausschlag, per Viertel für Deutschland und Österreich 25.— M. Bezahlung, Expedition und Verlag: Berlin S. O., Orwitz Straße 8-9.

Die abendliche Ausgabe des „Freiheit“ über den Raum kostet 2.— M. einschließlich Zustellung. Keine Anzeigen; Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Zustellung. Kaufpreis Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Geschäfts-Anzeigen 3,50 M. pro Zeile. Stellen-Gesuche in Abend-Ausgabe: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Preisdruck: Zentrum 2030, 2645, 4518 4603, 4635, 4648, 4622.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor einem neuen Putzsch

Der Aufmarsch in Sachsen

III. Dresden, 26. Oktober.

Die „Chemnitzer Volksstimme“ veröffentlicht einen sensationellen Artikel, der zusammengesetzt etwa folgendes bringt: Wir und die Mehrheitssozialdemokratische Parteileitung in Chemnitz haben schon lange Kenntnis von der im tiefsten Dunkel sich vorbereitenden Umwälzungsbewegung, an der führende Personen des Bürgertums, hohe Offiziere und alle möglichen reaktionären Verbände beteiligt sind. Zug um Zug vervollständigen wir unser Material, bis es gelang, aus den Reihen der Organisation Escherich, selbst von Personen an prominenter Stelle unwiderlegliche Beweise zu bekommen, daß auch in Sachsen die Gegenrevolution organisiert und beinahe fertig zum Aufmarsch ist. Weiter führt die „Volksstimme“ an, daß die Finanzierung der Organisation Escherich in Chemnitz vom Chemnitzer Bürgererrat ausgeht. Der Finanzanschuh des Bürgerrats sei gleichzeitig die Kassenverwaltung der Organisation Escherich. Arbeiter, Angestellte und Beamte rufte sie auf, auf der Wacht zu sein. Zum Schluß heißt es: Von der Regierung aber verlangen wir rücksichtsloses Zugreifen. Die Schuldigen müssen sofort verhaftet werden, ohne Ansehen der Person; ob General oder Beamter. Jede Jagdstätigkeit ist Verbrechen am Volke und macht mitschuldig an den Zuständen, die offensichtlich zum Bürgerkrieg treiben. Nicht um Kleinigkeiten geht es, sondern um das Leben tausender Volksgenossen.

Was die Chemnitzer „Volksstimme“ berichtet, sind keine Gerüchte, sondern eherne Tatsachen. Wir erinnern an die Vorgänge in Ostpreußen, an die Rüstungen, die von Pfaffer, Koffbach und anderen Freikorpsführern in den letzten Wochen geradezu sieberhaft betrieben worden sind. Wir verweisen weiter auf die Kampfanzeigen, die die Monarchisten auf ihrem Parteitag in Hannover in die Welt schleuderten und die Arbeiterschaft wird wissen, was für sie auf dem Spiele steht.

Eine wichtige Tatsache muß dabei hervorgehoben werden: Die Konterrevolution hat aus dem Rapp-Butsch gelernt. Sie wird diesmal nicht wieder den Angreifer machen, weil sie sonst von vornherein auf die geschlossene Abwehrfront der Arbeiterklasse stoßen würde. Sie ist daher bemüht, durch ihre Agenten, die sich in die Reihen der linksradikalen eingeschlichen haben, die durch die Moskauer Parolen hervorgerufene Putzschimmung in ihrem Sinne auszunützen. Die Arbeiterklasse soll den Angreifer machen, um sie und die ganze Republik dann um so sicherer erwürgen zu können.

Deshalb muß die revolutionäre Arbeiterklasse, die durch den Streit um die Moskauer Bedingungen allzulange von ihrer Hauptaufgabe, den Kampf gegen die Reaktion, abgelenkt wurde, ihre Reihen schnellstens fester schließen und alle

Versuche, sie zu Abenteuerern zu verleiten, energisch von sich weisen. Sie muß die Vorgänge im feindlichen Lager mit scharfem Blick verfolgen und zu jeder Stunde bereit sein, der konterrevolutionären Front die geeinte Abwehrfront des revolutionären, von jeder Illusion befreiten Proletariats entgegenzustellen.

Ein Unschuldengel

Die „Oberleitung der Organisation Escherich“ gibt in den heutigen Morgenblättern Münchens nochmals ihre Ziele und Richtlinien bekannt, in denen hervorgehoben wird, daß sich die Organisation nicht mit militärischen Dingen befaßt. Sie sei eine private Einrichtung, die auf verfassungsmäßigem Wege die Versöhnung der Volksklassen und den Wiederaufbau Deutschlands fördern wolle.

Wie schön das alles klingt, wenn es wahr wäre! Aber Escherich ist bemüht, die Deffenlichkeit absichtlich zu täuschen, damit er in aller Ruhe seine Rüstungen beenden kann. Wer sich von ihm überdöpseln läßt, dem werden eines Tages die Augen aufgehen.

Neuer Krieg im Osten

Deutsche Soldner versprechen ihr Blut

In Litauen sind in den letzten Tagen neue Kämpfe entbrannt. Der von der polnischen Regierung vorgeschobene General Zellgowski hat versucht, von Wilna aus einen Vorstoß auf Romno zu unternehmen. Dabei ist er auf litauischen Widerstand gestoßen, auf deren Seite auch deutsche Soldner kochten, jene Elemente, die in den letzten Wochen von monarchistischen Offizieren über die ostpreussische Grenze geleitet wurden, um den Grundstein für ein neues Baltikum-Abenteuer zu legen. Die Kosten dafür wird letzten Endes wieder der deutsche Steuerzahler zu tragen haben. Die Verbrecher aber, die dieses neue Abenteuer eingeleitet haben, sie werden ebenso wie die Ur-Baltikumer nach einer eventuellen Liquidation nach Deutschland zurückkehren, hier herumlungern und ihre fetten Offiziersgehälter weiter beanspruchen.

Diesem politischen Gaukelspiel muß schnellstens ein Kegel vorgehoben werden. Die Erklärungen der Regierung, daß der Uebertritt nach Litauen verboten sei, sind leeres Gerede. Die ostpreussische Grenze muß durch zuverlässige Truppen evtl. unter Zuhilfenahme organisierter Arbeiter, scharf übermacht werden. Die bereits Uebergetretenen müssen durch einen sofortigen Erlaß ihrer staatsbürgerlichen Rechte verlustig erklärt werden. Werbungen für das Abenteuer und auch die Versuche dazu sind Landesverrat und dementsprechend zu bestrafen. Der Reichstag muß die Regierung sofort zu diesen Maßnahmen zwingen, sonst macht er sich ebenso an dem Verbrechen mitschuldig, wie die eigentlichen Organisatoren und deren Helfershelfer in der Regierung.

Die Sozialisierung des ärztlichen Berufes

Von Dr. A. Kuczyński, Direktor des Statistischen Amtes, Berlin-Schöneberg.

Die „Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung“ wenden sich in der Regel an einen kleinen Leserkreis. Es handelt sich da meist um Monographien, die nur den Fachmann interessieren. Die Auswahl der Mitarbeiter war unter dem alten Regime nicht immer glücklich. Es sei hier nur an die ganz unzulängliche Untersuchung Solbrigs über „Geburtentüchtigkeit und Säuglingssterblichkeit in Deutschland“ erinnert. Seitdem nun die Medizinalabteilung dem Ministerium für Volkswohlfahrt untersteht, ist eine entschiedene Besserung eingetreten. Auch wenden sich die Arbeiten immer häufiger an die Allgemeinheit. Das gilt ganz besonders für das neueste, vom praktischen Arzt Dr. Koeder verfaßte Heft „Die Sozialisierung der ärztlichen Heiltätigkeit im Verbands der Gesundheitsversicherung“.

Koeder beginnt mit einer Kritik des bestehenden Zustandes. „Nicht der, der am schwersten krank ist, kann sich unter allen Umständen die beste und ausgiebigste Hilfe verschaffen, sondern der, der am meisten für sie bezahlen kann; der begüterte Herröde findet mehr und bessere Ärzte, als der arme Schwerkranker“. Das Schweigegebot des Arztes habe zur Folge, daß die Heilung einer Krankheit „in das vollkommen unkontrollierbare Belieben des einzelnen gestellt ist“. Eine weitere Folge des Schweigegebots sei, „daß die Erfahrungen, die ein Arzt bei einem Kranken gemacht hat, beim Wechsel des Arztes vollkommen verloren gehen“. Die Vereinzelnung des Arztes im freien Berufe bringe es mit sich, daß er wissenschaftlich dauernd isoliert bleibt. „Eine gleichmäßige Verteilung der Kranken auf die Ärzte kann heute zum Schaden der Allgemeinheit überhaupt nicht hergestellt werden; den Vielbeschäftigten, die deswegen nicht mehr Qualitätsarbeit leisten können, steht die große Zahl der mit Recht unzufriedenen Unbeschäftigten gegenüber“. Eine gleichmäßige Verteilung der Ärzte auf Stadt und Land ist ebenfalls ein unlösbares, schmerzhaft empfundenenes Problem, unlösbar, denn der freie Beruf duldet keine Aufhebung des Rechtes der Freizügigkeit. Die heutige Trennung der Behandlung von der Fürsorge sei unsinnig, aber der „freie Beruf“ hindere die so notwendige Vereinigung. Eine regelmäßige Untersuchung der gesamten Bevölkerung sei eine dringende Forderung, „aber im freien Berufe und ohne Zentralisation undurchführbar“. „Sowohl in der Privat- wie in der Kassenpraxis hat der freie Beruf des Arztes abgewirtschaftet... Der Fehler liegt im freien Berufe, im ärztlichen Einzelbetriebe mit seinem vollkommen berechtigten Streben nach mehr Patienten und mehr Einkommen. Nur eine vollkommene Umgestaltung des Heilwesens mit Sozialisierung des ärztlichen Berufes kann helfen und die Bedingungen schaffen, die nicht bloß die beste ärztliche Versorgung für jeden verbürgen, sondern zugleich das gesamte Gesundheitswesen auf eine gegen heute bedeutend höhere Stufe heben.“

Die Durchführung der Sozialisierung denkt sich Koeder so: Für je 60 000 Menschen wird ein Gesundheitshaus mit 40 Ärzten geschaffen, das Räumlichkeiten zur Abhaltung der Sprechstunden, Apparate, Institute, Apotheke usw. enthält. Innerhalb des Hauses besteht freie Arztwahl. Für Besuche wird den Ärzten Fuhrwerk zur Verfügung gestellt. Ueber jeden Bewohner des Bezirkes wird eine Gesundheitskarte geführt. Sie gibt ein vollständiges Bild seines gesundheitlichen Lebenslaufes vom Säuglingsalter bis zum Tode; sie begleitet ihn in ein anderes Gesundheitshaus, wenn er in einen anderen Bezirk oder in eine andere Stadt verzieht. Bei Krankenhausbehandlung wandert die Karte mit ins Krankenhaus, erhält dort die für die Zukunft notwendigen Eintragungen und kommt mit dem Mitgliede an das Gesundheitshaus zurück. Rettungswachen können fortfallen, wenn die Bezirke nicht zu groß sind. Sämtliche Fürsorgestellen gehen auf das Gesundheitshaus über. Der Schularzt als Arzt der Gemeinde verschwindet, ebenso der Armenarzt. Das Gesundheitshaus übernimmt auch die Ueberwachung der Halte- und unehelichen Kinder. Die Aufgaben des Kreisarztes gehen zum Teil auf das Gesundheitshaus über, z. B. die Gutachten für Behörden. Das Gesundheitshaus stellt den Fabrikarzt für diejenigen Betriebe, die in seinem Bezirk liegen. Alle Zweige der sozialen Versicherung werden zusammengefaßt, und zwar zu einer Gesundheitsversicherung, die sich auf die Gesundheitshäuser als Unterbau stützt.

Die tägliche Arbeitszeit der Ärzte soll 7 bis 8 Stunden betragen. Das Gehalt staffelt sich nach dem Dienstalter. Der Arzt ist pensionsberechtigt, seine Angehörigen haben Anspruch auf Versorgung. Die Anstellung geschieht nach Meldung und Bilanz. Sämtliche Ärzte ohne Ausnahme haben auf dem Lande zu beginnen. Eine Versetzung oder eine Entlassung des Arztes gibt es im allgemeinen nicht. Versage ein Arzt dauernd, so werde er sich ohnehin nicht halten können, da die anderen Ärzte, die dann seine Arbeit mitmachen müßten, sich das nicht gefallen lassen würden.

Sehr eingehend beschäftigt sich Koeder mit den Einwänden gegen die Sozialisierung. Es werde vor allem behauptet, der Kranke könne dann nicht mehr

Englands große Sorgen

London, 26. Oktober. (Neuter.)

Unterhaus. In Beantwortung der Anträge über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen England und Rußland erklärte Bonar Law wiederum, daß die Freilassung aller britischer Staatsangehöriger in Rußland, welche heimzukehren wünschten, die Vorbedingung für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Handelsbeziehungen sei. Bonar Law fügte hinzu, die Regierung habe stets die Wiederaufnahme des Handels für äußerst wünschenswert erachtet und sehe jetzt mehr denn je auf diesem Standpunkt. Man müsse den Umfang der Arbeitslosigkeit und die Tatsache berücksichtigen, daß der Handel mit Rußland von anderen Ländern wieder aufgenommen wurde. England müsse sein Bestes tun, um seinen Anteil daran zu erhalten.

Krassin russischer Vertreter in Berlin?

St. London, 27. Oktober.

„Manchester Guardian“ meldet: Krassin soll aus England abberufen und zum russischen Vertreter in Berlin ernannt werden. Litwinow wird, wie bereits früher verlautete, in besonderer Mission nach China gehen.

tere Verhandlungen. Der „Friedenkonferenz“ wohnten der Premier- und die anderen Minister bei, ebenso Vertreter der Grubenbesitzer. Die Anwesenheit der Grubenbesitzer erregt die Hoffnung, daß man zum Verhandlungsfuß kommen wird. Die genauen Bedingungen der Regelung, die jetzt besprochen werden, werden noch geheim gehalten, aber vermutlich werden bei der Endregelung den Grubenarbeitern 10 Schilling bewilligt werden. Diese Erhöhung wird aber eine Erhöhung der Erzeugung zur Bedingung haben, wobei die Grubenbesitzer sich verpflichten, alle Verbesserungen der Anlagen, die verlangt werden, anzubringen. Die Arbeiter werden durch erhöhte Leistungen und strikte Pflichterfüllung zur Erzeugniserhöhung beitragen.

Wenn die Regelung zustande kommt, wird der Vollzugsanschuh der Grubenarbeiter den Plan einer Verzämsung von Ueorgeordneten unterbreiten, die dann ihre Zustimmung geben müssen. Danach wird die Regelung einer Abstimmung der Grubenarbeiter unterworfen werden. Diese Handlung, die vermutlich mehrere Tage in Anspruch nehmen wird, wird aber abgekurzt werden, da der Streik den Grubenarbeiterorganisationen wöchentlich ungefähr 10 Millionen Pfund Ausgaben verursacht.

Nationaltrauer in Irland. Eine Radiomeldung aus Dublin meldet: Auf den öffentlichen Gebäuden Dublins werden aus Anlaß des Todes des Bürgermeisters von Cork republikanische Fahnen auf Halbmast gehißt. Eine nationale Trauerfeier ist in Vorbereitung. In den Arbeiterbezirken Belfast waren republikanische Fahnen mit Trauerflor umhüllt in den meisten Fenstern erschnitten. Die Orangisten blühten zur Gegenwirkung die englische Fahne. Daraus entstanden heftige Zusammenstöße, in deren Verlauf ein Mann getötet und mehrere verletzt wurden. Der Polizei war es nicht möglich, die Ordnung herzustellen; erst ein hartes Militärangriff konnte die Demonstrationen zerstreuen.

Vor dem Abschluß des Streiks

Die Grundlagen zu weiteren Verhandlungen

St. London, 27. Oktober.

Die Besprechungen zwischen der englischen Regierung und den Grubenarbeitern sind auf eine Met Friedenkonferenz ausgelassen. Der Vollzugsanschuh der Grubenarbeiter beriet zwei Stunden über die neuen Regierungsvorschläge und beschloß, diese anzunehmen, als eine Grundlage für wei-

den Tag seines Vertragens wählen. Das, meint Koeder, könne er aber tatsächlich heute nur in geringem Maße. Wer nichts oder wenig besitzt, kann den teuren Professor nicht konsultieren, und wenn er ihm noch sozialer Beratern entgegenbrächte. Und in der Praxis? Ich stelle einfach gegenüber: Heutige freie Arztwahl: der Kranke kann unter Hunderten wählen, zu ihm kommen aber nur 5 oder 6, wenn er schwer krank ist. Sozialisierung: der Kranke kann unter 40 wählen, zu ihm kommt jeder, wenn er bettlägerig erkrankt, und so oft, als es sachlich notwendig ist. Ein zweiter Einwand: der Arzt werde, wenn er nicht mehr nach Einzelleistung bezahlt werde, die Kranken vernachlässigen. Koeder meint, daß dies selbst nicht für die heutigen Ärzte zutreffen würde. Die künftigen Ärzte aber würden überhaupt in einem neuen Geiste aufwachen. Der angehende Arzt werde wissen, daß ihm sein Beruf nicht Reichtümer einbringen wird, daß er sich mit einem bescheiden Einkommen begnügen muß, daß nur die Liebe zu seinem Berufe und die innere Befriedigung ihn für den etwaigen Ausfall an Einkommen entschädigen kann. Ueberdies werde die gegenseitige Kontrolle der Ärzte im Gesundheitshaufe dazu beitragen, pflichtwidrige Elemente auszuschalten. Ein dritter Einwand: Unter der Sozialisierung werde die wissenschaftliche Forschung leiden. Koeder erwidert, die wichtigsten Triebfedern hierfür seien ohnehin der Forschungsdrang und der Ehrgeiz, die beide ebenso beim sozialisierten Arzt vorhanden sein würden. Die Hoffnung auf Gewinn sei auch jetzt nicht ausschlaggebend. Wer heute als Arzt es zu Reichtum bringen will, stellt es ganz anders an, als daß er sich hinsetzt und viel Zeit und viel Geld aufwendet, um zu forschen; ich will darüber lieber schreiben, wie er es macht. Im übrigen fordert Koeder keine plötzliche, sondern eine allmähliche Sozialisierung. Die Ärzte, die sich sozialisieren lassen wollen, werden übernommen; die anderen bleiben draußen. Werden dann die wichtigsten diejenigen sein, die im freien Berufe bleiben, und werden so die Reichen wieder Vorteile haben? Ich glaube nicht; es werden eher die Geschäftstüchtigsten sein. In der Sozialisierung aber werden sich diejenigen finden, die aus Liebe zum Berufe Ärzte werden, die wertvollsten, die am meisten Gemeinnutzen haben.

Vor dem Kriege haben Millionen von Veshlofen für den Sozialismus geschwärmt, ohne den Leistungen des Kapitalismus gerecht zu werden. Heute, wo die kapitalistische Wirtschaftsform einer sozialistischen weichen muß, lehnen die Befürworter und diejenigen, die mit ihnen fühlen, jede Sozialisierung blindlings ab. Und da sie nichts von Sozialismus wissen wollen und auch nichts wissen, können sie leicht den Übergang zum Sozialismus einen Sprung ins Dunkle nennen. Ihre Unwissenheit macht sie zu Utopisten. Utopisten sind sie, wenn sie eine Rettung aus unserer Finanznot durch ein Wunder erwarten. Utopisten sind sie, wenn sie eine Rettung aus unserer wirtschaftlichen und sozialen Not durch die — den Untergang gewöhnlich — kapitalistische Wirtschaft erschaffen. Es wäre sehr zu bedauern, wenn die Vorschläge von Dr. Koeder das gleiche Schicksal erlitten, das alle Sozialisierungspläne bei uns haben, nämlich von drei Vierteln unserer Intellektuellen ungeprüft abgelehnt zu werden, weil ihnen „die ganze Richtung nicht paßt“.

Das neue Blatt

Das von der neukommunistischen Presse seit einigen Tagen angeforderte Blatt hat heute das Licht der Welt erblickt. Es heißt „Die Internationale, Zentralorgan der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Da das Aussehen der Neukommunisten in die kommunistische Partei unmittelbar bevorsteht, so wird das Blatt sehr bald seine Firma ändern müssen. Das wird auch im einleitenden Artikel von Ernst Däumig ausgesprochen. Er erklärt offen, daß „Die Internationale“ keine nach Jahren glänzende Zukunft vor sich habe. „Wir wünschen — so schreibt er — den Augenblick herbei, wo sie zusammengelegt werden kann mit dem Blatte, das, gleichfalls auf dem Boden der dritten Internationale ruhend, die Sache des Kommunismus verfolgt.“ „Die Internationale“ ist also nichts weiter als eine

Rebenausgabe der „Roten Fahne“. Wenn Däumig ferner meint, daß auch wir dem Erscheinen seines Blattes mit „Hoffnungen“ gegenübersehen, so irrt er. Das Gegenteil ist richtig. Bereits im vergangenen Jahre, als er in Gemeinschaft mit Herrn Herzog die „Republik“ als das „Organ der Arbeiterräte“ gründete, hat die Redaktion der „Freiheit“ offen erklärt, daß sie dieser Gründung sympatisch gegenüberstehe. Ihre Annahme ist damals gerechtfertigt worden: Die „Republik“ hat es zu keiner Bedeutung gebracht, während die „Freiheit“ gerade während der Zeit des Bestehens der „Republik“ ungemessen schnell gewachsen ist. Wir hatten das Erscheinen der „Internationalen“ aber auch deswegen für sehr nützlich, weil es der Arbeiterschaft die Haltlosigkeit der von den Neukommunisten betriebenen Politik aufweisen wird.

Der bequeme Ausweg

Der Vorstand der rechtssozialistischen Partei hat einen Aufruf erlassen, der die soziale Arbeit des Parteitag von Cassel lobt. Aus dem Aufruf ist nur eine Stelle bemerkenswert, und zwar die, die von den Mütein spricht, mit denen der Widerstand der Rechtskapitalisten gegen die Sozialisierung der Bergwerke gebrochen werden kann. Es heißt da:

„Unsere Aufgabe wird es sein, durch den Druck der öffentlichen Meinung den Widerstand der Grundbesitzer und des ganzen mit ihm verwandten Privatkapitals zu brechen.“

Das ist, diplomatisch ausgedrückt, die Wiederholung des Beschlusses des Casseler Parteitages, der die Entscheidung über die Sozialisierung der Bergwerke dem Volksschied überlassen will. Das heißt also, die rechtssozialistische Partei denkt nicht daran, in dem großen Machtkampf, der durch das Verlangen nach der Sozialisierung der Bergwerke im Entstehen begriffen ist, alle, insbesondere die ökonomischen Machtmittel des Proletariats in Anwendung zu bringen. Sie sucht vielmehr ängstlich nach einem Ausweg, der das Auseinanderfallen der starken Gegensätze der Klassen verhindert.

Der Aufruf bestätigt also erneut, daß die rechtssozialistische Partei nicht daran denkt, die Sozialisierung der Bergwerke ernsthaft durchzusetzen.

Beschämte Kommunisten

Sie können sich nicht trennen

Einer der stärksten Trümpfe, den die Neukommunisten vor dem Parteitag in den Versammlungen auspielten, war der, daß sie behaupteten, der Name Sozialdemokratie sei nicht mehr zeitgemäß. Er habe überhaupt noch nie den klaren Anschauungen der sozialistischen Gedankenwelt entsprochen, es sei deshalb an der Zeit, ihn zu ändern, denn der wahre, reine, überzeugte revolutionäre Sozialist, der könne sich nur Kommunist nennen, und auch für die Partei, die den Kampf gegen den Kapitalismus zielbewußt führe, könne kein anderer Name in Betracht kommen als kommunistische Partei. Mit diesen Argumenten hat vor allem Däumig gearbeitet. Nicht nur in den Versammlungen, auch auf dem Parteitag in Halle setzte er die Notwendigkeit der Namensveränderung breit auseinander und er betonte dabei ausdrücklich, daß damit auch ein neues Prinzip seinen klaren Ausdruck finden müsse.

Jetzt, wo die Spaltung der Partei vollzogen ist, jetzt, wo die Neukommunisten niemand mehr hindert, ihr „neues Prinzip“ unter der entsprechenden Firma erscheinen zu lassen, jetzt klammern sich die Neukommunisten auf einmal an den gerade von ihnen so viel geschmähten Namen der U. S. V. D., jetzt wollen allein sie berufen sein, diesen Namen in Ehren führen zu dürfen, jetzt können sie sich von dem nicht trennen, was sie bis vor kurzem in den Abgrund schleudern wollten. Das Halle'sche „Volksblatt“ glaubt nun, für die merkwürdige Hinneigung der Neukommunisten zur U. S. V. D. eine Begründung gefunden zu haben; es schreibt:

„Gewiß paßt der Name einer sozialdemokratischen Partei nicht mehr zu dem kommunistischen Geist, der nun nach Ausscheidung der Reformisten unsere Partei besetzt; aber eben auf diesen Geist kommt es in erster Linie an und nicht auf

den Namen. Mit Recht konnte Einseitig auf dem Parteitag sagen, daß er auch U. S. V. D. sei, wenn die U. S. V. die Bedingungen annimmt. Der Name hat sicherlich keine geringe Bedeutung, deshalb wollen wir ihn auch nicht lange behalten, aber erst muß die Auseinandersetzung mit denen beendet sein, die ihn sich fälschlich aneignen. Schon deshalb allein, von allen anderen Gründen abgesehen, damit er nicht gestohlen und mißbraucht werde, muß er uns noch bleiben.“

Ganz richtig! Gerade weil es in erster Linie nicht auf den Namen, sondern auf den Geist ankommt, gerade deshalb sind die Neukommunisten nicht befugt, als U. S. V. D. aufzutreten. Sie sind es, die den Namen stehlen wollen, um fälschlich damit Mißbrauch zu treiben. So sehr wir es auch menschlich begreifen können, daß sich jemand an Liebgewordenes klammert, so sehr wünschen wir im Interesse der politischen Klarheit eine reinliche Scheidung. Politik ist kein stilles Schachspiel. Wer nicht Geist von unfreiem Geiste ist, der soll gehen und seinen Gesinnungswechsel auch öffentlich zum Ausdruck bringen.

In der Falle

Der Versuch der Getreuen des Ernährungsministers Dr. Hermes, aus dem Fall Hermes/Augustin einen Fall Ramm/Brann zu machen, ist mißglückt. Man hat Herrn Hermes in die Falle gestellt, die seinen Gegnern zugedacht war. Aus den Darlegungen des Staatssekretärs Dr. Ramm ergibt sich, daß Minister Dr. Hermes bereits am 8. oder 9. Mai mit Ramm eine Besprechung in der Bekleidungsangelegenheit Augustin hatte. Andererseits wurde von Hermes in der Öffentlichkeit bereits wiederholt ausgesprochen, daß die Mitteilung, Dr. Augustin sei trotz der Kenntnis des Ministers Hermes von dessen Verfehlungen mit der Leitung einer Abteilung im Reichsernährungsministerium betraut und für den Posten eines Ministerialdirektors in Aussicht genommen, frei erfunden sei. Das ist eine ganz merkwürdige Behauptung. Am 8. oder 9. Mai hatte Hermes bereits Kenntnis von der Bestellung und am 20. Mai ist der Geschäftsverteilungsplan des Reichsernährungsministeriums unterschrieben, und zwar von Dr. Hermes persönlich, in dem man auf Seite 11 folgendes liest: „Abteilung 5. Leiter: Geheimer Regierungsrat Dr. Augustin, Ministerialrat.“

Diese hier angegebenen Tatsachen stehen in direktem Widerspruch zu der vom Ernährungsministerium veröffentlichten Darstellung in dem Fall Augustin. Die Grube also, die man ändern zugedacht hatte, ist Herrn Hermes zum Verhängen geworden. Alle seine Rettungsvorläufe sind vergeblich. Es bleibt die Tatsache bestehen, daß er trotz der Kenntnis der Verfehlungen von Augustin mit diesem nicht gebrochen, sondern ihn sogar noch befördert hat.

Die Angst des Herrn Koelcke

Der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Koelcke hat sich soweit erniedrigt, sich durch irgendeinen „zwischen Juden“ den Inhalt einer Nummer der „Juwelt“ überlesen zu lassen. Aus dieser seiner Kenntnis rief er folgende Anfrage an die Reichsregierung:

„Nach Mitteilung der „Juwelt“, des amtlichen Organes der Bolschewikeregierung in Moskau ist Anfang Juli der bolschewistische Agitator Sacha aus Deutschland wieder in Rußland angekommen. Nach den Mitteilungen der russischen Zeitung hat dieser Agitator Sacha anderthalb Jahre in der kommunistischen Bewegung Norddeutschlands gearbeitet, nachdem er von der Sowjetregierung zum Chef der bolschewistischen Propaganda in Deutschland ernannt worden war. Sacha wurde von den deutschen Behörden verhaftet, bald darauf aber wieder freigelassen. Sind der Reichsregierung diese Tatsachen bekannt, und ist sie bereit, in Zukunft Vorkehrungen zu treffen, daß notorischen Bolschewikentagatoren die Einreise nach Deutschland erteilt wird.“

Herr Koelcke hätte eigentlich aus dem Parteitag in Halle lernen können, auf welche Weise und mit welchen Mitteln man politische Gegner erfolgreich bekämpft. Da er aber zu seinen geistigen Fähigkeiten nur geringes Zutrauen hat, so zitiert er bereits für sein kostbares Leben. Da er selbst dem unerschütterlichen Schutzmantel nicht mehr traut, hat er, wie wir weiter erläutern, ein Preisausreiben erlassen, für das beste und zuverlässigste Selbstschutzmittel. Vor allem aber hat er seinen, im November 1918 so wohl bewährten Kellerschupwinkel wieder in Ordnung bringen lassen.

Baustelle

Ich sage: es ist eine Freude zu leben! Dieser Oktobertag ist heller Glanz und harte Farbe; Licht, Sonne, Wind und wolfige Dämmerbäume wirken glückbringend auf unser Gemüt.

Wir sind frohliche Menschen. Denn wir arbeiten. An freier Luft.

Wir sind die Gebauer der neuen Wohnkolonie. Sie liegt in gesunder Lage auf dem Berge. Auf der Kuppe eines Rabenbaches Berges.

Unter in der Talnische liegt die alte Stadt, mit ihrem gelblichen Dom, der wie ein unalter Colloppbau anmutet.

Und durch die alte Stadt träkelt der gelbgrüne Fluß, den bereits hundert Dichter besungen haben.

In die alte Stadt köht die Neustadt. Sie ist schwarz und lärmend. Hochöfen stehen köhönnig beieinander. Zementfabriken trommeln mit den zermalnten Schmelzmassen. Stahlwerke rauchen stündlicher. Das Waldwerk glöht. Eisenbahnzüge trampeln über aufschreiende Brücken und lauten Knoll über turmhöhe Wälder davon.

Dann sehen wir noch Drahtseilbahnen, die aus fernem blauen Gebirgen den roten solidaren Eisenstein herbeiführen. Er ist wertvoller als Gold. Was wäre unsere Lechul ohne Eisen!

Und über uns hallt ein mutiger heller Ruf, wir lachen mit dem Auge, — und dann haben wir es, ein Habichtspaar schwebt über uns, stolz und kraftbewußt.

Und wir sind kraftbewußt und stolz. Wir Arbeiter sind stolz auf unser Werk. Es gehen zwanzig Wohnhäuser ihrer Bollendung entgegen.

Unsere neuerbaute Wohnkolonie kann bis auf Weihnachten bezogen werden.

Wir sind eine Einwohnungs-Kolonie von dreißig Mann. Wir bauen die Straßen und Wege der jungen Kolonie aus.

Schwarzbraune Rasse sind unsere Helfer. Auf große Kistenwagen laden wir Gesteins- und Erdbodenmassen. Unsere Schaufeln glänzen in der schönen Oktobersonne. Pflöden haben mit feinem hellen Zauber, hüßlern klingt es, aber dennoch heiter und froh. Gute Arbeit ist immer heiter und froh, denn sie ist Erfüllung des Menschen.

Welche Neubauten. Einige linnenblumengelbe. Andere morgenrotfarbene. Welche nixenbau.

Und Schieferdächer langen den Sonnenglanz auf. Trinken sich voll davon — und geben auch der Umwelt von ihrem Reichtum, blanz — blanz, Sonnenblanz sind diese neuen Schieferdächer.

Dort hängen noch Gerüste, die Dachbinder kopfen und fügen. Maler streichen Fenster- und Türrahmen an. Schlosser sind vor Kellerfenstern tätig, starke Mitter werden eingelassen, Geländer werden bei kleinen Türkappen angebracht.

Und die schwindelreifen Spengler arbeiten auf hohen Leitergeräten und besetzen die glühenden verzinten Regenrinnen.

Vor jenem großen Dreifamilienhaufe stehen zwei Hobelbänke, Schreiner arbeiten heute draußen, heute sind sie Freiluftschreiner.

Maurer mischen in großen dieredigen Trögen Kest und hellblauen Schlackenand von den Hochöfen: ein guter fester Mörtel.

Wie stark jene Männer sind! — Auf kurze Traggestelle schichten sie dreißig Ziegelsteine hoch. Dann spannen sich die Gesteinsmassen, ein kurzer Ruck und die Schulter trägt. Nun trachten ganz feste die Laufgänge, die als schiefe Ebenen zu jenen Bauten ausstiegen, die noch nicht ganz unter Dach sind.

Wasserhähne laufen. Blauweiß springt der flatternde Strahl in große Halbfässer, die mit alabasterweißem Kalk verspritzt sind.

Lehrbuben sind an der Wasserstelle tätig, oder vielmehr, sie sind untätig, sie halten den Daumen unter den Wasserhahn — und dann köhren einige Taugenische auf — — und die Elmer bleiben dabei ungesättigt.

Jetzt fluchen die Betonierer. Sie haben kein Wasser für die Mischung. Und dann lachen die Buben — und dann lachen auch die Mäher, denn die gute Mutter Sonne lacht — und welcher arbeitsende Mensch sollte da nicht mitlachen!

Die Baustelle ist fleißig. Hämmer, Sägen, Hobel, Meißel, Pflöden, Schaufeln, Hebewerkzeuge, Transportwagen und Klappwagen, alles arbeitet, und jedes gibt einen Klang, und der Klang ist ein Vielklang, ein Zusammenklang, eine Symphonie, — das ist eine heilige Symphonie der Arbeit! Und sie macht glücklich und herzlich. Wir alle lachen; es ist eine Freude zu leben!

Nur eines ist verstimmend. Die Polkete hatten nicht zu uns, sie sind die Schergen des Unternehmertums. Und die Unternehmer laufen mit blauen Zigaretten und noch dickeren Bänchen herum.

Das wird einmal anders. Sie werden alle ausschelden, alle Schwarzer werden sich neben uns zur Arbeit aufstellen müssen.

Und wir — wir wollen dann bauen, für unsere Helfer wollen wir schaffen, nicht acht — nein! zehn, zwölf und fünfzehn Stunden!

Musik

Prof. Gustav Havemann, der als Nachfolger Wolf Busch an die Berliner Musikhochschule berufen wurde, wählte in seinem ersten Konzert unter Begleitung der Philharmoniker nur wenig Klangerzeugnisse seiner Geige zu entlocken. Der Aufbau des Brahms'schen Violinconcertes endete eine mitreißenden persönlichen Gestaltung. Sonders Technik (die an die plastische Chromatik Wolf Busch nicht heranreicht) und eine äußerlich einwandfreie Bogenführung tragen über seelische Werte nicht hinweg. Der moderne Lieberabend Paul Sanders war eine Kuriosität durch sein auffallend unmodernes Programm. Von der

Auswahl, die ich anhöre, trug nur ein zähes Lieb Heinz Küssens „Und durch den Wald kam Ise die Nacht“ schöpferische Werte in sich. Vollströmende Melodik breitet sich über durchdringliche Begleitharmonien. Hatlebens Gedicht „Die Schönheit leuchtet mir“, wurde ersttellt durch die Tonleitergewandlung von Bobo Wolf. Seine Effekt- und Kofetterieffekte sind ebenfalls publikumsfällige Dugendworte wie die Massenprodukte des ergrauten Heinrich Koren. Emil Weitzel'sen kernte eine inalternde Grotte über die letzte Frage bei. Durch Hebenparthos veräußerlichte Paul Sanders sein edles Organ, schleiße Töne und qualte sich über gelegentliche Dissonanzen.

Alexander Tzenewski packt List mit erstaunlicher Technik an, ohne Stellen voll tieferen Gehalts geistig zu erschöpfen. — Erwin Bodis, ein jugendlicher Pianist, erfüllt als Bachspezialist mit selber Größe. — Die vollstimmige Ungarin Jiona Kabas gestaltet aus innerem Temperament. Beethoven's „Lebewohl-Sonate“ war eine pianistische Leistung voll mitreißender Geistigkeit. F. F. W.

Neue Romane

„Die Faunne“ heißt ein nachgelassener Roman des jüngst verstorbenen Willi Handl (Verlag Erich Reich, Berlin). Der Verfasser war ein allgemein geschätzter Theaterkritiker, der in diesem abgeklärten Buche ein Fazit seines Lebens zog. Es führt über die schwelende Glut der Leidenschaften hinaus die kälternde Flamme, den Einfluß von Reinheit und Besonnenheit. Anknüpfend an das unmitte eines Theaterbrandes fäh anstimmende erotische Erlebnis eines jungen Mannes erzählt uns Handl von den blind umherirrenden Trieben, die ihr Ziel verfehlen, den gewaltigen Abenteuern, sexuellen Verzerrungen und schmerzlichen Inkonzonanzen aus lobernder Sehnsucht und unerfüllter Sinnlichkeit bis zum Wahnsinn. Aber alles ist in einer kühlenden Abhandlung gerückt, der den besitzenden Gefühlen ihre unmittelbare Wirkung raubt. — In die Schillingenabende zurüd führt Julius Leolns Erzählung „Wehrmann Jamer“. (Verlag Rowohlt, Berlin). Das Kriegesbüchlein darin ist blaz durchsichtig, aber die psychologische Veranschaulichung der Verzeigerungen und die allmählich zur Katastrophe treibende Exzerzierung eines Berliner Handwerkers sind dem Erzähler meisterlich gelungen. Die einfache Geschichte haftet im Gedächtnis, denn sie birgt mit ihrem „unmodernem“ Naturalismus mehr künstlerische Wahrheit als mancher künstlich aufgedonnerte Roman. L. B.

In der Volksbühne wird in Abänderung des Spielplans am Sonnabend, den 30. Oktober, nicht „Nach Damaskus“ 2. und 3. Teil, sondern um 7 1/2 Uhr „Paul Lange und Tora Paroberg“ und am Sonntag, den 31. Oktober, ebenfalls nicht „Nach Damaskus“, sondern um 7 Uhr „Rüthgen von Hellbronn“ zur Aufführung gelangen.

Der Kampf gegen die Tuberkulose

Der Staat verweigert die Hilfe

Der Verband der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten hatte zum 25. Oktober eine öffentliche Versammlung einberufen, die von Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten sehr stark besucht war. Der Referent, dirigierender Arzt der Klinik für Lungenkrankheiten in Berlin, Herr Dr. Artur Wagner, sprach über den Tuberkulosekampf, sowie das Reichstuberkulosegesetz und die Lungenkrankheiten. Das die Bestrebungen des Verbandes auch von den Männern der ärztlichen Wissenschaft gutgeheißen werden, bewies die Tatsache, daß eine Anzahl von hervorragenden Ärzten, die sich der Bekämpfung der Tuberkulose widmen, anwesend war. Herr Dr. Wagner führte aus:

„Ich spreche zu Ihnen nur als Arzt, der von tiefem Mitleid für Ihre Leiden und von dem dringenden Wunsch befeuert ist, alles zu tun, Ihnen helfen zu wollen, um so als Kämpfer für Ihre gute Sache zu wirken. Wenn die Bemühungen der ärztlichen Wissenschaft von einem kleinen Erfolg gekrönt waren, so sind diese Erfolge von dem schrecklichen Kräfte zurückgemacht worden. Gegenwärtig hat die Zahl der Tuberkulose-Erkrankten eine Höhe angenommen, die zu einer Katastrophe des Volksganzen führen muß, wenn nicht sofort helfend eingegriffen wird. Der Staat hat bisher zur Bekämpfung dieser Gefahr so gut wie nichts getan. Die Hauptlast bleibt der Privatfürsorge überlassen. Durch die Schwachen zur Verfügung stehende Mittel ist die Tätigkeit der Privatfürsorge eine engbegrenzte, so daß die Hauptarbeit in Anlegung von Kassen und Sanatorien über die Zahl der Erkrankten besteht. Die Träger des kapitalistischen Ausbeutungssystems, die Hauptursachen dieser Krankheit, hatten schon vor dem Kriege kein Interesse zur Beseitigung, jetzt aber noch viel weniger. Darum ist es zu begrüßen, daß Sie zur Selbsthilfe gezwungen sind. Sie haben ein Recht darauf, daß Ihnen geholfen wird. Der Staat, der für alle möglichen nützlichen Zwecke Milliarden zur Verfügung stellen kann, hat für die Bekämpfung der Tuberkulose, der jährlich hunderttausend Menschen in Deutschland zum Tode fähig, ganze 150 000 Mark zur Verfügung gestellt.“

Der Tuberkulose-Kongress hat sich eingehend mit dieser Frage befaßt. Das Zentralkomitee hat beschlossen, einer Delegation des Verbandes der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten Sitz und Stimme im Zentralkomitee zu gewähren. Es soll dann veranlassen die Behörden heranzutreten, um die Schaffung eines Reichstuberkulosegesetzes und des dazugehörigen ausführenden Arbeitsplans zu erzwingen. Die vom Zentralkomitee an den Staat gerichteten Anträge sind bis jetzt noch nicht beantwortet worden, woraus das geringe Verständnis und Interesse der betreffenden Instanzen für das Leiden des Volkes zu ersehen ist. Es ist deshalb wünschenswert, daß uns die gesamte Presse in unserem Kampfe unterstützt. In erster Linie muß für eine tatkräftige materielle Unterstützung für die Erkrankten und deren Familien gesorgt werden. Die bestehenden Heilstätten können bei weitem den Ansprüchen nicht genügen. In den meisten Fällen bekommen die Patienten nicht einmal Brot zu essen, so daß von einer Kur gar nicht gesprochen werden kann. Dazu kommt die Sorge um die schlechtunterstützte Familie. Wenn dieses anders werden soll, dann müssen die Tuberkulose-Erkrankten im Kampfe fest zusammengehalten. In diesem Kampfe werden sie durch die Ärzteschaft nach besten Kräften unterstützt.“ (Beifolger Beifall.)

Der nächste Redner, der langjährige Kämpfer gegen die Tuberkulose, Professor Kaveling, bejahte ebenfalls den Zusammenschluß der Kranken zur Selbsthilfe und sagte eine tatkräftige Unterstützung zu. Genosse Dr. Julius Moses wies darauf hin, daß der Verband eine Kampforientierung sein soll. Er teilte mit, daß sich in allen größeren Städten Deutschlands bereits einige Vereinigungen gebildet hätten, so daß man bald einen Delegiertenkongress für Deutschland einberufen würde. Über auch international werden wir im November dieses Jahres in der Schweiz mit den Vertretern der anderen Länder ein festes Band knüpfen und durch internationale Meetings weiterkämpfen.

Nachdem noch viele Diskussionen in ergreifenden Worten ihre Not geäußert hatten, schloß der Vorsitzende des Verbandes mit einem kurzen Appell an die Anwesenden, im Kampfe der Selbsthilfe, im Kampfe gegen die Tuberkulose, auszuharren.

In nächsten Monat sollen wiederum neue Versammlungen stattfinden, für welche rege agitiert werden soll. Nach Schluß der Versammlung ließ sich eine große Anzahl der Versammlungsteilnehmer als Mitglieder des Verbandes aufnehmen.

Arbeiter und Sozialisierung

Die schlechten Gründe der Unternehmer

Der gemeinsame Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates und Reichshöherenrates schloß am Dienstag die Beratungen über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus fort. Der Steiger Werner erklärte, daß er den Vorschlägen der Herren Stinnes und Silberberg kein Vertrauen abgewinnen könne, dazu soll die Sozialisierung der erste Schritt sein. Die Behauptung, daß die leitenden Beamten bei einer Sozialisierung nicht mitmachen würden, teile er nicht. Bei früheren Verstaatlichungen hätten sie ja auch mitgemacht. Vorschlag I ist für uns und den größten Teil der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes das einzig mögliche. Der Redner verteilte sodann folgende Erklärung:

„Die Arbeitnehmervertreter haben von den Ausführungen der Herren Arbeitgebervertreter des Kohlenbergbaus Kenntnis genommen. Sie erkennen in den Ausführungen des Herrn Silberberg, der die Bergarbeiter am Gewinn des deutschen Kohlenbergbaus beteiligen will, das Bestreben, die Arbeiterschaft von der Forderung der Sozialisierung, die doch eine Forderung zugunsten der Gemeinwirtschaft ist, durch Verheißung persönlicher Vorteile abzulenken. Die Pläne des Herrn Stinnes sind gerichtet auf eine bezirksweise Verstaatlichung der Kohlenwirtschaft, für die die Arbeiter durch Zulassung ihrer einwirkungsunfähigen Köpfe zur Führerschaft gewonnen werden sollen. Die Gesamtinteressen der deutschen Volkswirtschaft aber, und zwar sowohl der Kohlenverbraucherindustrie und der Landwirtschaft, als auch der öffentlichen und privaten Verbraucher würden der Herrschaft einiger weniger Trübsalige geopfert werden. Die Arbeitnehmerschaft hält demgegenüber an der Zentralorganisation der Kohlenwirtschaft fest, da die Kohlen Gemeingut der ganzen Volkswirtschaft sein und bleiben müssen und sie erkannt haben, wie nur in der sozialistischen Wirtschaft die Gewähr, daß alle Privatinteressen dem Gemeinwohl in jeder Beziehung untergeordnet werden. Sie lehnen deshalb diese Vorschläge ab.“

Der Arbeitervertreter Wagner betonte, aus den Reden der Herren Silberberg und Stinnes spreche noch immer der Geist der Verneinung. Der Arbeiter wolle nicht mehr Arbeitsobjekt sein. Die Auffassung des Herrn Stinnes, daß er nur mitmachen wolle, wenn er bleibe, was er sei, könne uns nicht weiter bringen. Den Gedanken der Gemeinwirtschaft vorzuziehen für Gewährung von Privatvorteilen, dazu geben sich die Arbeiter nicht her.

Der Interessenvertreter der Schwerindustrie, Generaldirektor Wölger, warnte vor „Experimenten“, der Vertreter der chemischen Industrie, Geheimrat Duisberg, trat für eine individualistische Gemeinwirtschaft ein und behauptete, daß die Versuche der Arbeiter in der Richtung der Sozialisierung bisher Mißerfolge gewesen seien, während die Unternehmer für ihren Standpunkt die Erläuterung hätten. Er lehnte beide Vorschläge der Sozialisationskommission ab. Für die Behauptung, daß die bisherigen Sozialisierungsversuche der Arbeiter Mißerfolge seien, brachte er keinen Beweis. Er konnte ihn nicht erbringen, weil in Deutschland derartige Versuche noch gar nicht gemacht worden sind.

Im Anschluß (Christl. Bergarbeiterverband) meinte, eine Verstaatlichung werde leichter sein, wenn sich alle auf den Standpunkt stellen, daß die Sozialisierung komme. Die Arbeiter hätten den gleichen Drang nach Freiheit und Selbstbestätigung wie

die Unternehmer. Der Vorschlag des Herrn Silberberg wegen der Verstaatlichung laufe nur auf eine Verankerung des alten Systems hinaus.

Pöhlitz (Kaufmännischer Angestellter), sieht in der Schaffung von Wirtschaftsprüfern den ersten Schritt zur Zerstörung der Reichseinheit. Das würden die Arbeiter nie zulassen. Die Massen streben nach der Umformung, treffen wie bisher die Entscheidung, ob wir in den nächsten Tagen uns auf bestimmten Richtlinien im Sinne der Sozialisierung zusammenschließen können.

Die Anebelung der Presse

Ein unerhörtes Attentat auf die Pressefreiheit hat sich soeben das Landgericht III in Berlin geleistet. In Nummer 42 der „Weltbühne“ erschien ein Artikel von Siegfried Jacobsohn über den Jobber der Republik und der „Hamburger Volkszeitung“, Herrn Wilhelm Herzog und über seinen Anwalt, den Rechtsanwalt Fritz Grünspach. Dieser Artikel enthielt eine Charakteristik von Grünspach, die dem Porträtierten allerdings keine Freude machen konnte. Aber abgesehen davon, ob das Bild echt ist oder nicht — was war dagegen zu tun? Nichts anderes, als was tausendmal geschieht: entweder eine präzisierende Berichtigung oder eine Beleidigungsklage. Ziel der Prozedur schließlich zu Grünspachs Gunsten aus, so konnte das Gericht auf Einziehung der betreffenden Nummer der „Weltbühne“ erkennen.

Was aber geschieht? Herr Grünspach läuft zu Gericht. Und er, der die Köpfe Marlow, Runge, Vogel, Pflug, Hartung und Konzortien aus der Welt zu schaffen, oder über die Vergewaltigung der Pressefreiheit durch dieses Landgericht. Die Verfügung des Landgerichts stellt eine unerhörte Vergewaltigung der Pressefreiheit dar. Nach Recht und Brauch hätte das Gericht den Antrag von Grünspach sofort abzulehnen und ihn auf den Weg der Privatklage verweisen müssen. Wohin soll dieser neue Brauch führen? Jeder, der in der Zeitung als Falchspieler, Dieb, Räuber entführt wird, erachtet auf diesem Wege, ohne daß die Wahrheit überhaupt geprüft wird, die Unterdrückung einer Nachricht oder eines Artikels! Diese Verfügung ist ein Rechtsbruch schlimmster Art und steht sich wärdig der Rechtsprechung an, die in der bürgerlichen Republik Mode geworden ist.

Wir wissen nicht, worüber wir uns mehr wundern sollen. Ueber die Keckheit des Herrn Grünspach, der diesen Weg wählt, eine ihm unangenehme Charakteristik aus der Welt zu schaffen, oder über die Vergewaltigung der Pressefreiheit durch dieses Landgericht. Die Verfügung des Landgerichts stellt eine unerhörte Vergewaltigung der Pressefreiheit dar. Nach Recht und Brauch hätte das Gericht den Antrag von Grünspach sofort abzulehnen und ihn auf den Weg der Privatklage verweisen müssen. Wohin soll dieser neue Brauch führen? Jeder, der in der Zeitung als Falchspieler, Dieb, Räuber entführt wird, erachtet auf diesem Wege, ohne daß die Wahrheit überhaupt geprüft wird, die Unterdrückung einer Nachricht oder eines Artikels! Diese Verfügung ist ein Rechtsbruch schlimmster Art und steht sich wärdig der Rechtsprechung an, die in der bürgerlichen Republik Mode geworden ist.

Die belgischen Sozialisten zur Koalitionsregierung

Der sozialistische Kongress, der die Entscheidung über die Frage treffen soll, ob die Partei noch ferner an einer Koalitionsregierung teilnehmen will, wirft bereits seine Schatten voraus. In den verschiedenen Regionen finden Delegiertenversammlungen statt, die die Frage erörtern und die Bedingungen diskutieren, die man für einen eventuellen Eintritt in ein neues Ministerium stellen will. In Brüssel wurde der Grundlag der Teilnahme an einem Ministerium nur mit wenigen Stimmen angenommen. Die Provinzorganisationen dagegen haben sich meistens unter gewissen Reserven für die Beteiligung ausgesprochen.

Banderolde hat in Journal über die Frage gesprochen und sich auf die Seite der Sozialisten gestellt, die eine Volksarmee wollen. Er trat für die Aktion der Arbeiter ein und rief ihnen zu: „folgt dem Beispiel der Arbeiter von England. Geht garabedweges auf euer Ziel los und laßt die Macht zu erobern.“ Jeder Bürger müsse eine Munte bereit haben, um das Land zu verteidigen. Die Aufgabe aber, die die Sozialisten zu erfüllen hätten, sei die Vorbereitung der Arbeit über das Kapital zu proklamieren und zur Sozialisierung zu streiten.

Urteil im Hülzprozeß. Im ersten Prozeß gegen die Hülzgarbten wurde nach heftiger Verhandlung am Mittwoch das Urteil gegen die Mitglieder des Hülzgarbten Brandkomitees gesprochen. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen wurden die Angeklagten teilweise der vorsätzlichen Brandstiftung, teilweise der Beihilfe zur Brandstiftung für schuldig befunden. Der Hauptangeklagte, der 50 Jahre alte Bergarbeiter Seidel aus Scheide, wurde zu vier Jahren Zuchthaus, sieben weitere Angeklagte zu Zuchthausstrafen von einem Jahre sechs Monaten bis zu zwei Jahren neun Monaten verurteilt.

Parte Strafe. Dem französischen Kriegsgericht in Mainz wurde ein Angehöriger des dritten algerischen Schützenregiments, der während der Besetzung Frankreichs eine Frau zu vergewaltigen versuchte, zu 10 Jahren Zwangsarbeit und Ausstoßung aus dem Heere verurteilt. — Die deutsche Heerpresse, die die Vergehen der Besatzungstruppen weidlich im chauvinistischen Sinne ausschaltete, wird trotz dieser und ähnlicher Urteile von ihren Methoden nicht ablassen, für die Tat eines Einzelnen ein ganzes Volk verantwortlich zu machen.

Aus den Organisationen

17. Distrikt

Der 17. Distrikt hat bis vor kurzem als eine Hochburg der Neukommunisten. Sie hatten es dort verstanden, die Leitung an sich zu reißen, um den ganzen Distrikt geschlossen in die R.P.D. zu überführen. Aber die neuen, an die Spitze des Distrikts gestellten Männer zeigten gar bald, daß sie außer radikal Ungehörigen Redenoxen andere positive Leistungen nicht vorbringen konnten. Das ganze Parteileben verflachte, geistige Auffklärung wurde überhaupt nicht mehr getrieben, persönlicher Egoismus, eine gewisse Losheit gegen die Führer und die Organe der Partei füllten die Versammlungen aus. Die anständigen Genossen lühten sich dadurch abgestoßen, sie besuchten immer seltener die Versammlungen. Als dann die Moskauer Bedingungen kamen, rafften sich die treuen Genossen schnell zu entschlossener Arbeit auf. Sie wußten, daß nicht die Partei, sondern das Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung auf dem Spiele stand, und ihrem jähren Eifer war es zu danken, daß die Neukommunisten bei den Uraahlen eine glänzende Niederlage erlitten. Die U.S.P.D. blieb in der Mehrheit.

Nach der Spaltung der Partei vollzog sich im 17. Distrikt die Rückkehr sehr rasch weiter zu unseren Gunsten. Die geistige Mitgliedserversammlung, die den Bericht vom Parteitag entgegennahm, war besser besucht, als je eine Generalsversammlung vor der Spaltung. Der Berichterstatter gab ein geschlossenes Bild von den Verhandlungen in Halle, wies nach, daß die Spaltung nicht zu vermeiden war und hob zum Schluß kurz hervor, daß jeder Versuch, sich den Reaktionssozialisten irgendwie zu nähern, konsequent zurückgewiesen werden müßte. Diese hätten den schimpflichsten Verrat an der Revolution verübt, im Interesse der Bourgeoisie Arbeiterblut vergossen, sie wären für alle Zeiten gebrandmarkt. Diese Ausführungen wurden von allen Disziplinarnachrichtern unterstützt. Die sachlichen, vom besten Geiste getragenen Ausführungen der Redner fanden ein lebhaftes Echo bei der Versammlung. Wie eine Befreiung wurde es emp-

funden, daß endlich die Möglichkeit gegeben ist, anstelle persönlicher Jankts sachliche Arbeit verrichten zu können.

Die Vorstands wahlen hatten folgendes Ergebnis: Vorsitzende: Faas, Blachnik; Kassierer: Bahle, Kroll; Schriftführer: Sternberg, Müller; Pressekommision: Kapp, Kagan; Revisoren: Janke, Weniglass, Michaelis; Frauenkommission: Genossin Kerner; Kinderbeschulungskommission: Genossin Krämer; Abteilungsleiter: 1. Abt. Fuhr, 2. Abt. Gentel, 3. Abt. Lehner.

Der 17. Distrikt unlagte vor der Spaltung 4000 Mitglieder. Es wird uns gelingen, mindestens zwei Drittel bei der U.S.P.D. festzuhalten. Bemerkenswert noch werden, daß die Neukommunisten, obwohl sie in harter Minderheit sind, Kasse, Bibliothek und sämtliche anderen Einrichtungen sich kurzgefaßt „angeeignet“ haben.

Wittenau

Am 25. Oktober tagte eine schwach besuchte Generalsversammlung der U.S.P.D., die auch für unseren Ort die Entscheidung brachte. Genosse Euthel gab vor Beginn der Tagesordnung die Erklärung ab, daß der alte Vorstand nicht mehr berechtigt sei, im Namen der U.S.P.D. Versammlungen einzuberufen. Dann betonte er, daß wir uns nicht in Haß und Beschimpfungen trennen wollen, sondern um Klarheit zu schaffen. Gegen rechts werden wir kämpfen mit aller Schärfe, und auch gegen links würden wir vorkämpfen, uns Elbogenfreiheit zu verschaffen, wenn wir angegriffen werden. Darauf wurden alle Genossen, die auf dem Boden der U.S.P.D. stehen, aufgefordert, den Saal zu verlassen. Ein großer Teil der Besucher leistete dem Ruf Folge. Es wurde in einem anderen Lokal weitergetagt und folgender Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender Genosse Max Euthel; 2. Vorsitzender Genosse Hermann Trapp; Kassierer Fritz Fleckmann; Schriftführer Max Oberla. Die Genossen gelobten, mit Eifer und verhärteter Kraft für die U.S.P.D. zu werden. Nachdem Klarheit geschaffen ist, kann auch in unserem Orte an die Lösung der praktischen Aufgaben herangegangen werden. Der reinlichen Scheidung wird die schnelle Befundung folgen, wenn alle treuen Genossen ihre Pflicht erfüllen.

Gewerkchaftliches

Lohnbewegung im Einzelhandel

3000 Handelsreisende und Arbeiterinnen waren in der Vollversammlung am 25. Oktober in der Unions-Brauerei erschienen, um den Bericht der Verbandsleitung über die mit den Arbeitgebern geführten Verhandlungen entgegenzunehmen. Genosse Vollmeier gab bekannt, daß der Christl. Fabrik- und Transportarbeiter-Verband auch hier wieder einmal verfehlt hat, als geschäftsberechtigter Kontrahent an den Verhandlungen teilzunehmen, um sich den Unternehmern damit in empfindliche Erinnerung zu bringen. Selbstverständlich mußte der Deutsche Transportarbeiter-Verband das freundliche Anerbieten ablehnen. Die Unternehmer erklärten sich aber trotzdem bereit, mit dem Transportarbeiter-Verband allein zu verhandeln. Ortsmann referierte über den Manteltarif, der in der Urlaubsfrage gegenüber dem alten Tarifvertrag günstige Ergebnisse geschildert hat. Die Urlaubszeit beträgt: nach 4-jähriger Tätigkeit 6 Tage, nach dreijähriger Tätigkeit 9 Tage, nach fünfjähriger Tätigkeit 12 Tage und nach zehnjähriger Tätigkeit 15 Tage.

Nachdem Ortsmann die von den Unternehmern gemachten Lohnvorwürfe der Verbandsleitung unterbreitet hatte, wurde nach einer lebhaften Aussprache die Annahme mit übergroßer Mehrheit beschlossen.

Es werden ab 1. Oktober folgende Löhne gezahlt: Gruppe A (Geschäftsleute mit mehr als drei Handelsreisenden) a) für männl. Personal nach dem vollenbeten 20. Jahre 220 M., b) für Reinmache- und Toilettenfrauen 135 M., c) für Stadtschuldherrinnen und Wadertinnen 145 M. wöchentlich, außerdem wird für verheiratete Hilfsarbeiter bzw. Arbeiterinnen mit unterhaltspflichtigen Kindern ein Betrag von 45 M. gezahlt. In der Gruppe B (Geschäftsleute bis zu drei Hilfsarbeitern) sind die Sätze um 15—20 M. geringer, die Kinderzulage wird auch hier gezahlt.

Wagen- und Karosseriebranche!

Zwischen dem Arbeiterverband Groß-Berliner Wagen- und Karosseriebranche E. B. und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellterverbände, Ortsrat Groß-Berlin, ist am 8. Oktober ein neuer Tarifvertrag für die Angestellten der genannten Branche abgeschlossen worden. Die Lohnsätze sind im Vergleich zu den bisherigen erhöht worden. Der Vertrag ist am 1. August 1920 in Kraft getreten.

Neukommunisten der Gemeinde- und Gemeindeverbände

Am 17. Oktober tagte die erste Neukommunistenversammlung der im Zentralverband der Angestellten organisierten Angestellten der Gemeinden und Gemeindeverbände. 31 Vertreter aus allen Teilen des Reiches waren anwesend. Die Konferenz nahm einstimmig Stellung gegen die Abfälle 4 und 5 des Preussischen Gesetzes vom 8. Juni 1920 betreffend vorläufige Regelung des Gemeindebeamtenrechts und die Ausführgestimmungen des Ministers des Innern vom 2. August 1920. Sie verlangte Klärung des Begriffs „Dauerangestellter“ unmittelbar durch das Ministerium unter Hinzuziehung des Zentralverbandes. An der Regelung der Anstellungsbedingungen durch Tarifverträge wurde festgehalten und gegen die Unterstellung der Angestellten unter die Beamtenrechte entschieden protestiert. Der Abschluß eines Reichstarifs (Manteltarifs) mit dem Arbeitgeberverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände wurde zwar nicht grundsätzlich abgelehnt, seine Annahme aber von dem Verhandlungsergebnis abhängig gemacht. Besonderer Wert wird dabei auf ein verheißenes Mitspracherecht gelegt. Die Konferenz hielt die baldige Schaffung einer freigewerkschaftlichen Beamtenorganisation für dringend notwendig. Eine Zusammenfassung in Industrieverbände wurde abgelehnt, dagegen wird ein enges Zusammenarbeiten mit den Gemeindefunktionären für unbedingt notwendig gehalten. Protestiert wurde gegen die Versuche der Amtschefs, den Gemeinden und Gemeindeverbänden den Teilrath für die Angestellten bei Reichs- und Preussischen Staatsverwaltungen aufzubringen, um dadurch den Abschluß günstigerer Tarifverträge unmöglich zu machen. Ein Antrag auf die Schaffung von Berufsschulen für Angestellte fand keine Annahme. In den Reichsorganisationen wurden gewählt: Alenke-Selow, Paulhan, Wolmirecht, Schwarze-Köln, Klotz-Chemnitz, Haberer-Rüdingen, Reuge-Kolberg und Haas-Münsterberg.

Der Streik bei der Handelsgesellschaft Raffelsohn'scher Genossenschaft wurde nach 30 Tagen mit Erfolg für die Angestellten beendet. Die Arbeit wurde am 23. Oktober wieder aufgenommen. Durch die bemerkenswerten Geschlossenheit der Streikenden und die Opferbereitschaft der Angestellten und Arbeiter wurde nicht nur eine 35—40 prozentige Erhöhung der Gehälter erzielt, sondern ganz besonders der Widerstand des Arbeitgeberverbandes und der Direktion gegen Abschluß eines Tarifvertrages gebrochen. Der hierfür in Betracht kommende Arbeitgeber-Verband trägt infolge seiner Schwächung allein die Schuld an der langen Dauer dieses Konfliktes. Auch die Gildenkasse gegen den Zentralverband der Angestellten in der „Deutschen Zeitung“ vermochte die Streikenden nicht zu zerpfücken. Es lohnt sich nicht, auf alle Details der Arbeitgeber in der bürgerlichen Presse einzugehen. Die Protesten haben sich nicht allein höhere Löhne, sondern auch die Anerkennung ihrer Organisation und die Gleichberechtigung gegenüber dem Arbeitgeberverband erkämpft.

Gewerkschaft Spandau! Alle Kollegen, die ihr Geld noch nicht erhalten haben, müssen sofort bei Thielmann, Waldenferst, 19, ihre Entlohnungsnachweise abholen mittels Reueintragung in der neuen Rufnummer. Genoss. Feilich.

In dem Wählerversteck ist Genosse Jakob Kolbisch, Tammensstraße 34, haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt. Junges ist festzuhalten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Branche: Wägen- und Karosseriebranche.

